Übergang zur stationären Wirtschaft?

Von Prof. Dr. h. c. Robert Liefmann, bisher an der Universität Freiburg i. B.

Inhalt:

I. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit . 465
II. Von der expansiven zur stationären Wirtschaft 468
III. Aussichten weiterer Wirtschaftsexpansion 472
IV. Vorteile und Gefahren einer stationären Wirtschaft. Der «totale Staat» und die stationäre Wirtschaft . . 474

I. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit

Die Weltwirtschaftskrise wird von den meisten Nationalökonomen vor allem noch als ein Geldproblem angesehen, und bei den Politikern ist diese Meinung noch verbreiteter. Durch Hebung der Preise glaubt man sie überwinden und auch ihr Hauptsymptom, die gewaltige Arbeitslosigkeit, zumindest stark einschränken zu können. Nur von diesem Standpunkt aus ist die unentwegte Ankurbelungspolitik der U. S. A. begreiflich, die dem Lande selbst und der ganzen Weltwirtschaft schon so viel geschadet hat.

Die Sozialisten der verschiedenen Richtungen glauben in der Weltwirtschaftskrise den Anfang zu dem von ihnen herbeigesehnten «Ende des Kapitalismus» erblicken zu dürfen. Aber dasselbe haben sie — und ganz besonders der Marxismus — bei jeder grösseren früheren Krise auch schon geglaubt, die «Zusammenbruchstheorie» ist ja ein alter Bestandteil des Marxschen Lehrgebäudes, und neue Gründe dafür, dass es diesmal Ernst werden soll, haben sie nicht angegeben. Mit der Mehrwertlehre, einer Verwerfung des Zinses und dergleichen ist noch nichts getan.

In neuester Zeit mehrt sich nun die Zahl derjenigen, die im technischen Fortschritt den letzten Grund aller grösseren Konjunkturschwankungen und so auch der jetzigen Weltwirtschaftskrise erblicken. Seit diese Ansicht von Amerika kommt, man also nicht behaupten kann, dass sie «nicht weit her» sei, und seit sie auch einen schönen Namen, «Technokratie», erhalten hat, wird sie auch bei uns immer häufiger vertreten. Ich darf aber darauf hinweisen, dass ich schon vor mehr als 20 Jahren diesen Gedanken vertreten habe (Theorie des Sparens und der Kapitalbildung, Schmollers Jahrbuch 1912; dann ausführlicher in meinen «Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre», Bd. II, 1. Aufl. 1919). Ich zeigte damals, dass die Anwendung technischer Fortschritte volkswirtschaftlich betrachtet zu schnell erfolgen kann. Sie sind rentabel bei denjenigen Unternehmungen, die sie zuerst anwenden; das führt aber zu einer

Überkapitalisation, zu einem Missverhältnis zwischen Kapitalbildung und Konsum. Technische Fortschritte und Kapitalaufwendungen dafür dürfen nur in dem Masse erfolgen, als das alte Kapital durch die Gewinne des neuen amortisiert werden kann. Das geschieht aber in der individualistischen Wirtschaftsordnung in der Regel nicht, und die Zusammenschlussbewegung, die Bildung grosser Konzerne, die sich immer weitere Unternehmungen angliedern, ist z. T. auf diese Verhältnisse zurückzuführen. Ich zeigte, dass die privatwirtschaftliche Rentabilität nicht immer den volkswirtschaftlich zweckmässigsten Umfang der Kapitalbildung gewährleistet und dass man da von einem «Konstruktionsfehler» der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sprechen könne. Die möglichst rationelle Verteilung der Kapitalien (und Arbeitskräfte) sei dann vorgenommen, wenn der «Ausgleich der Grenzerträge», hier der Grenzerwerbserträge in allen Erwerbszweigen, gewahrt sei.

Solche Anschauungen blieben damals ziemlich unbeachtet und werden auch heute noch meist völlig missverstanden. Sie entsprachen eben nicht dem hergebrachten «liberalistischen» Denken, wonach eine Kostensenkung unter allen Umständen für die Gesamtheit nützlich sein müsse. Und besonders entsprachen sie nicht der seit den Klassikern herrschenden materialistischen Auffassung des Wirtschaftens als Güterbeschaffung und der ihr entsprechenden «kollektivistischen», von der ganzen «Volkswirtschaft» ausgehenden Betrachtungsweise, die jede Vermehrung der Gütermenge ohne weiteres als nützlich für die Gesamtheit ansah. Man glaubte höchstens an eine Disproportionalität zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, insbesondere bei den Produktionsmitteln. Aber dass auch die Genussgüter nicht absetzbar sein sollen, konnte man mit einer «Güterlehre» unter Ausschaltung des Geldes nicht erklären. Und so kam man dazu, den Grund der Wirtschaftskrisen im Gelde zu sehen. Wenn selbst die verbilligten Güter nicht gekauft werden, liege das daran, dass es an Geld fehle. Namentlich in der angelsächsischen Nationalökonomie war eine solche mechanische Gegenüberstellung von Geldmengen und Gütermengen üblich. Man glaubte, darüber «Verkehrsgleichungen» aufstellen zu können, kam so zu einer naturwissenschaftlich-mechanistischen Auffassung des Wirtschaftens und zu der Meinung, dass die Weltwirtschaftskrise ein «purely monetary problem» sei. Diese Auffassung hat auch in Deutschland noch viele Anhänger.

Aber auch innerhalb dieser Richtung gehen die Ansichten wieder sehr weit auseinander, da auch über das Wesen des Geldes noch immer grosse Unklarheiten bestehen. Sehr verbreitet ist noch die Meinung, dass die Weltwirtschaftskrise auf ungenügender Produktion oder doch unzweckmässiger Verteilung des Goldes beruhe. Das ist eine Konsequenz der Güterlehre, die man in ihrer Anwendung auf die Geldtheorie Metallismus zu nennen pflegt. Doch sind auch viele Nationalökonomen, die den vor dem Weltkrieg herrschenden Metallismus aufgegeben haben, noch der Meinung, die «Deflation», die Preissenkung, die sie bekämpfen wollen, sei eine Folge davon, dass es an Geld fehle. Wenn man das Geld vermehre, sei es auch nur durch Kreditausweitung, könnten dauernd mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die Widerlegung dieses ge-

fährlichen Irrtums muss ich mir hier versagen, es spielen auch dabei materialistisch-mechanistische Vorstellungen, statische Betrachtungsweise, die Vorstellung vom «wirtschaftlichen Gleichgewicht», von der «Verkehrsgleichung» und ähnliche eine Rolle.

Wirklich geklärt ist also das Hauptproblem unserer Tage, weshalb trotz überreicher Produktionsmöglichkeiten weite Volkskreise Mangel leiden und weshalb Millionen Arbeitskräfte keine Beschäftigung finden können, noch nicht. Es ist auch nicht zu lösen mit einer mechanisch-naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise, auch nicht mit einer kollektivistischen, die die sogenannte «Volkswirtschaft» selbst als eine Wirtschaft ansieht, sondern die heutige Wirtschaftsorganisation wird nur verständlich mit einer individualistischen, vom Menschen und seinen Zwecken ausgehenden Betrachtungsweise. Mag diese auch heute unpopulär sein, das Wirtschaftsleben war bisher nun einmal individualistisch organisiert, und nur wenn man das erkennt, kann man auch die Ursache der heutigen Weltwirtschaftskrise richtig verstehen.

Es genügt nicht, zu sagen: Es fehlt an Geld, oder auch nur — was schon eine gewisse Verbesserung bedeutet —: es fehlt an *Kapital.* Auch letzteres ist nicht allgemein richtig, Kapital im materialistischen Sinne, Produktionsmittel, haben wir im Überfluss. In Deutschland ist es richtig höchstens im geldlichen Sinne. Das Geldkapital fehlt hier, d. h. Geld, das zur Erzielung weiterer Gelderträge benutzt wird. Aber in Amerika und anderen Ländern trifft auch das nicht zu, und die ungeheure Arbeitslosigkeit dort ist mit Geldkapitalmangel nicht erklärt. Diese Erklärung ist eben nicht zu geben mit der Gegenüberstellung von Geld- und Gütermengen, auf die sich die mechanisch-statischen Theorien beschränken. Sie ist nur möglich durch Zurückgehen auf menschliche Erwägungen und Zwecke, wenn man nämlich alles Wirtschaften als auf Ertragserzielung gerichtet erkennt, das Geldertragsstreben als Organisationsprinzip der heutigen Wirtschaftsordnung erkennt, hinter dem aber immer die Erwägungen der Konsumwirtschaften stehen, die dies Geldeinkommen auf ihre Bedürfnisse verteilen.

Dass so viele die produzierten Güter nicht kaufen können, dass die Produktionsmöglichkeiten nicht voll ausgenutzt werden, beruht nicht auf Geldmangel, auch nicht allgemein auf Geldkapitalmangel, sondern nur darauf, um es ganz allgemein zu formulieren, dass nur für Leistungen im Tauschverkehr etwas bezahlt wird. Zu solchen Leistungen, die im Tauschverkehr nachgefragt werden, gehört auch das Ausleihen von Geld; daher ist der Geldleihzins genau so berechtigt wie der Boden- oder Wohnungs- oder irgendein anderer Leihzins. Man kann Geld und damit Bedarfsversorgung nur erwerben, wenn man etwas für andere leistet. Wenn aber diese Leistungen, die heute ja so überaus spezialisiert sind, nicht nachgefragt werden, erzielen die Anbieter eben kein Einkommen und sind kaufkräftig höchstens in dem Masse, als sie durch die öffentliche Fürsorge unterstützt werden.

Nun ging der technische Fortschritt in den letzten Jahrzehnten in steigendem Masse dahin, menschliche Arbeitskräfte entbehrlich zu machen, während andererseits die Bevölkerungsentwicklung, die Verarmung durch den Krieg

und die Nachkriegspolitik, vor allem in Deutschland, zum Teil aber auch in anderen Ländern, die Zahl derjenigen erheblich steigerte, die Erwerb durch Angebot ihrer Arbeitskraft suchen. Zu der fortgesetzten Mechanisierung und Freisetzung von Arbeitskräften haben aber auch die immer steigenden Lohnansprüche der Arbeiter viel beigetragen, und ganz allgemein kann man vielleicht sagen, dass die Arbeitslosigkeit auf dem Höhepunkt der Krise etwa proportional den Lohnerhöhungen gewesen ist. Wie dem auch sein mag und wie hoch man die innen- und aussenpolitischen Ursachen der Arbeitslosigkeit einschätzen mag, ein sehr grosser Teil derselben ist struktureller oder, wie man vielleicht besser sagt, organischer Art, beruht auf der Organisation des heutigen Wirtschaftslebens, das eben ein Einkommen und damit Verfügung über Güter nur ermöglicht, wenn die betreffenden Leistungen auch im Tauschverkehr verlangt werden, mögen sie auf Arbeit beruhen oder nicht. Und gerade persönliche Arbeitsleistungen werden heute verhältnismässig am wenigsten nachgefragt, während Kredit, die Geldleihe, vor allem durch den Weltkrieg und seine Folgen, verhältnismässig seltener geworden ist und dem Geldbesitzer auch ohne Arbeit ein Einkommen gewährt.

Dass dieser Zustand die grosse Masse der Besitzlosen erbittert und sie zu Angriffen gegen die «Zinsknechtschaft» veranlasst, ist sehr verständlich. Und doch ist die alte Forderung nach Beseitigung des Zinses verkehrt. Solange ein auf Leistung und Gegenleistung beruhender Tauschverkehr besteht, ist auch der Geldleihzins ebenso berechtigt wie jeder andere Leihpreis. Je weniger Geldkapital gebildet, d. h. gespart werden kann oder wegen der Unsicherheit der Kapitalanlage gespart wird, um so höher muss der Zins steigen. Auch ist dieses Geldkapital ja regelmässig Ergebnis früherer Arbeit, wenn auch infolge des Erbrechts nicht immer der heutigen Besitzer. Man ersieht aber, weshalb so viele dem Sozialismus irgendeiner Richtung anhangen, wenn sie auch nur negativ die Forderung nach Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung darunter verstehen. Denn einen positiven Vorschlag für die Errichtung einer besseren hat noch niemand ernstlich machen können.

Mit der Abschaffung des Geldes und Zinses ist jedenfalls, solange der Tauschverkehr besteht, nichts geleistet; ja in manchen Ländern, so in Deutschland, hat der Geldkapitalmangel als Folge der Inflation zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Aber er ist nicht ihr letzter Grund, und mit seiner Beseitigung würde sie, wie die U. S. A. zeigen, nicht verschwinden.

II. Von der expansiven zur stationären Wirtschaft

Man darf bei der Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht einfach auf die Erfahrungen früherer Wirtschaftsperioden zurückgreifen und die heutige Wirtschaftskrise wie alle anderen auffassen, die nach einiger Zeit von selbst wieder einer Epoche des Aufschwungs Platz machten. Gewiss, wenn früher in einer Depression, die natürlich auch durch andere Ursachen als den technischen Fortschritt, durch schlechte Ernten, politische Unruhe und dergleichen verursacht sein konnten, Arbeitskräfte erwerbslos wurden, so konnten

sie doch nach einiger Zeit irgendwo wieder in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden, und im ganzen war vor dem Weltkrieg die dauernde Arbeitslosigkeit doch sehr gering. Sie war jedenfalls nicht entfernt so chronisch wie heute und wurde daher auch nicht als das Kernproblem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung empfunden.

Das hat sich nun heute völlig geändert. Es gibt wohl noch Optimisten, die glauben, dass von selbst, ohne staatliche Eingriffe, die Arbeitslosigkeit überwunden werden könne. Mehr Leute gibt es, die allein den Weltkrieg, die Nachkriegspolitik und die Abschliessungstendenzen der Völker dafür verantwortlich machen. Man kann diese Vorgänge und ihre Einwirkungen auf das Wirtschaftsleben noch so hoch veranschlagen, man kann der Meinung sein, dass ohne den Weltkrieg die heutige Zerrüttung der Weltwirtschaft nicht eingetreten wäre; trotzdem wird man nicht behaupten können, dass die heutige, chronisch gewordene Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt nur, ja auch nur in erster Linie auf den Weltkrieg und seine Folgen zurückzuführen sei. Auch von mir ist in vielen Schriften die Zerrüttung der Weltwirtschaft durch die Nachkriegspolitik, die Trennung der Staaten in Sieger und Besiegte, die übermässige Tributlast, die den letztern aufgebürdet wurde, die aus alledem sich ergebende, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Völker nicht entsprechende Reichtumsverteilung, die Gefahr der Auslandskredite und die immer schärfer werdende Abschliessungspolitik der Länder beklagt worden (siehe Vom Reichtum der Nationen, Karlsruhe 1925. Das Transferproblem, Leipzig 1926. Inlandskapital, Auslandskapital, Kriegstribute, Leipzig 1931 u. a.).

Aber neben und hinter diesen politischen Einflüssen, die einen wirtschaftlichen Aufschwung hindern, ist heute noch ein anderer, ebenfalls von aussen her die Wirtschaft beeinflussender Faktor wirksam, und das ist die Bevölkerungsbewegung in den meisten Kulturländern. Die meisten wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten haben eine fast stagnierende Bevölkerung, namentlich in Deutschland ist die Geburtenhäufigkeit bekanntlich erschreckend zurückgegangen. Dazu kommt der veränderte Bevölkerungsaufbau, Zunahme der Schichten im erwerbstätigen Alter und infolge der Verarmung sehr viel stärkerer Zudrang zu allen Erwerbsgelegenheiten.

Diese Entwicklung der Bevölkerungsbewegung kombiniert sich nun mit den Wirkungen des technischen Fortschritts und hat dazu geführt, dass die heutige Arbeitslosigkeit nicht mehr nur als eine konjunkturelle aufzufassen ist, sondern dass ein grosser Teil derselben als strukturell oder organisch bezeichnet werden muss. Der technische Fortschritt ging seit dem Weltkrieg ganz besonders in der Richtung der Ersetzung von Arbeitskräften durch Maschinen, ging unter dem Druck der mächtiger gewordenen, ja vielfach zur politischen Herrschaft gelangten Arbeiterorganisationen auf Rationalisierung, die Kostensenkungen im Wege der Ersetzung von Arbeitskräften durch Maschinen erstrebte. Gewiss erfordert die Herstellung der Maschinen auch in erster Linie Arbeitskräfte, aber solche Maschinen sind dann lange Zeit brauchbar, die Nachfrage nach ihnen ist keine gleichmässige und dauernde, die Arbeiter können nicht dauernd mit ihrer Herstellung beschäftigt werden.

Auf Grund dieser Verhältnisse hat man z. B. in Amerika berechnet, dass, selbst wenn die amerikanische Produktion ihren bisher höchsten Stand wieder erreichte, doch nur die Hälfte der heutigen Arbeitslosen dabei beschäftigt werden könnte.

Dass das in früheren Wirtschafts- und Krisenperioden anders war, hängt damit zusammen, dass bei stark wachsender Bevölkerung und starker Zunahme des internationalen Verkehrs das ganze Wirtschaftsleben, vor allem der älteren Industriestaaten, stark expansiv war. Nur dieser Umstand hat es ermöglicht, die neu zuströmenden und die durch technische Fortschritte freigesetzten Arbeitskräfte doch immer wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Man nahm das damals als selbstverständlich an, weil man das ganze 19. Jahrhundert hindurch auf Grund der Malthusschen Lehren nur die Gefahr der Übervölkerung infolge zu geringen Nahrungsspielraums vor Augen hatte. Dass der gesamte, immer noch steigende Bedarf an Gütern durch eine immer geringere Zahl von Menschen erzeugt werden kann, dass einmal nicht der Kampf um den Nahrungsspielraum, sondern der Kampf um den Arbeitsplatz das Kernproblem der Wirtschaft bilden werde, konnte man nicht sehen. Wer konnte etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ahnen, dass einmal nicht «die Bevölkerung gegen den Nahrungsspielraum drücken», nicht dieser der Bevölkerungsvermehrung eine Grenze setzen werde, sondern dass, sozusagen bei vollen Scheuern, vielen Millionen einmal die Möglichkeit fehlen werde, sich die massenhaft erzeugten Güter zu kaufen. In der Tat ist es vielleicht die grösste Leistung des Kapitalismus, nicht dass er ihnen Nahrung — das war eine technische Angelegenheit —, sondern dass er trotz immer wachsender Anwendung von Maschinen ihnen Beschäftigung gegeben hat, dass er Erwerbsmöglichkeiten schuf, sie zu kaufen.

Das war aber nur bei immer steigendem Absatz und wachsender Bevölkerung möglich. Denn zuerst sind die Menschen mindestens 1½ Jahrzehnte lang Konsumenten, bevor sie sich als Arbeitskräfte im Wirtschaftsprozess anbieten, und gerade der «Kapitalismus», der wachsende Reichtum hat dafür gesorgt, dass viele das überhaupt nicht oder doch nicht ihr ganzes Leben lang nötig hatten. Nur unter diesen Voraussetzungen konnten die durch technische Fortschritte freigesetzten Arbeitskräfte ausser in der Herstellung von Produktionsmitteln auch bei der fortgesetzt nötigen Ausdehnung der Konsumgüterindustrien wieder Beschäftigung finden.

Bei stagnierender Bevölkerung ist aber beides nur noch in sehr beschränktem Umfange möglich. Gewiss werden auch dann noch neue Häuser gebaut werden, neue Erfindungen gemacht werden und zu neuen Bedürfnissen führen. Aber eine Expansivwirtschaft, wie wir sie in den fortgeschrittensten Ländern bei steigender Bevölkerung und wachsendem internationalen Verkehr hatten, wird in Zukunft gerade in ihnen kaum mehr möglich sein.

Man ist sich aber heute noch nicht klar darüber, wie sehr die kapitalistische Wirtschaftsordnung gerade auf diese Voraussetzung, Expansion, zugeschnitten war. In Wirklichkeit beruhte die Möglichkeit einer gewaltigen Kapitalbildung und vor allem die riesige Inanspruchnahme des Kredits nur

auf ihr. Beim langfristigen Kredit ist das besonders deutlich, und ich habe deshalb zuerst in meinem, im Sommer 1932 verfassten, 1933 im Weltwirtschaftsarchiv erschienenen Aufsatz darauf hingewiesen. Kredit ist ja nur eine Vorwegnahme künftiger Leistungsfähigkeit, beruht auf der Erwartung künftig steigender Erträge, die mit einer Steigerung des Sachkapitalbestandes herbeigeführt werden sollen. Man nahm das als selbstverständlich an, und auch die riesigen Kreditaufnahmen der öffentlichen Körperschaften beruhten auf der Erwartung künftig gesteigerter Leistungsfähigkeit. Aber auch die Kapitalbildung überhaupt — der Kredit ist ja nur eine Form der Verwendung von Geldkapital —, also das Anlegen von Einkommensteilen statt des Verzehrens, war in diesem Umfang nur möglich, weil tatsächlich in aller Regel — Kapitalfehlleitungen sind natürlich immer vorgekommen — die erwarteten Erträge erzielt werden konnten. Aber wie gesagt, sind insbesondere die gewaltigen Investierungen in Produktionsmittelindustrien nur bei einer im ganzen stark expansiven Wirtschaft möglich gewesen, und selbst da haben sie zu gelegentlichen Überproduktionskrisen geführt, die aber in der expansiven Wirtschaftsepoche bald wieder überwunden werden konnten. Nur unter diesen Voraussetzungen ist es denkbar, dass die Vulgärökonomie gar nicht auf den Gedanken kam, dass dem technischen Fortschritt und der Verbilligung der Produktionskosten wirtschaftliche Grenzen gesetzt sein könnten.

Wenn aber die Bevölkerung grosser Länder im wesentlichen stagniert und auch der internationale Austausch unter politischen Einflüssen nicht mehr wächst, sondern sogar zusammenschrumpft, ist es in diesen Ländern mit der expansiven Wirtschaft im wesentlichen zu Ende. Sie stehen im Übergang zu einer stationären Wirtschaft. Unter einer stationären Wirtschaft verstehen wir nicht etwa eine Wirtschaft im Sinne der statisch-mechanistischen Betrachtungsweise, nach der nur «Veränderungen in den Güterquantitäten» betrachtet werden oder das Verhältnis von Geld- und Gütermengen beobachtet wird. Auch in einer stationären Wirtschaft ist eine Erweiterung des Bedarfs, das Aufkommen neuer Bedürfnisse möglich. Aber es fehlen die Expansionsmöglichkeiten, mit denen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und auch die wissenschaftliche Betrachtung, ohne sich dessen bewusst zu sein, als selbstverständlich rechnete. Es werden auch da technische Errungenschaften eingeführt werden, aber grade wenn sie der Ersetzung menschlicher Arbeitskräfte durch Maschinen dienen, sind ihrer Einführung enge Grenzen gesetzt, weil die Aussicht, diesen Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu geben, immer geringer geworden ist. Das ist eine Erscheinung, die besonders für die Fragen der Kapitalbildung und des langfristigen Kredits von Bedeutung sein wird. In dem erwähnten Aufsatz habe ich darauf hingewiesen, dass gerade in Deutschland der langfristige Kredit von jeher stark angespannt und zum Teil überorganisiert war und dass er künftig wahrscheinlich eine starke Einschränkung wird erfahren müssen. Es wirken dabei auch noch andere Momente zusammen. Für eine Geldkapitalbildung und Kreditinanspruchnahme im bisherigen Umfange werden einfach die Voraussetzungen, die entsprechenden Ertragsaussichten fehlen, von so hohen Zinssätzen, wie sie nach der Inflation in Deutsch-

land eine Zeitlang versprochen und auch gezahlt wurden, ganz zu schweigen. Die in Deutschland vorgenommenen Zinsherabsetzungen rechtfertigen sich, auf lange Sicht gesehen, mit der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung und sind jedenfalls eine zweckmässigere und gerechtere Massregel als das Absinkenlassen der Währung (Devalvation). Auf die Gefahren der Aufnahme von Auslandsanleihen in Ländern, die wirtschaftlich voll entwickelt und deren Ertragsaussichten ungünstig sind, habe ich schon vor 10 Jahren hingewiesen (Vom Reichtum der Nationen, Karlsruhe 1925).

Der Begriff der stationären Wirtschaft ist also nicht als ein Extrem zu denken — bisher ist ja noch nie eine Wirtschaftsorganisation einseitig auf die Spitze getrieben worden —, es bedeutet nicht völlige Gleichmässigkeit ohne jede Bewegung und Entwicklung. Aber selbst wenn wir uns nur im Übergang zu einer stationäreren, weniger expansiven Wirtschaft befinden, als wir sie bis zum Weltkriege hatten, bedeutet dieser Vorgang von längerer Dauer ein grosses und schwieriges Problem, das in den davon betroffenen Ländern bei allen auf längere Zeit zu treffenden wirtschaftspolitischen Massnahmen eine entscheidende Rolle spielen wird.

III. Aussichten weiterer Wirtschaftsexpansion

Das gilt ganz besonders für Deutschland. Andere Länder mit ähnlichen Bevölkerungsverhältnissen, wie England, Frankreich, Holland, Belgien, sind trotzdem weit besser daran, weil sie in grossen Kolonien noch ein weites Gebiet für kapitalistische Expansion haben. Daraus ergibt sich für Deutschland die Notwendigkeit der Rückforderung seiner früheren Kolonien. Aber man darf die Möglichkeiten kolonialer Betätigung als Ersatz für mangelnde Expansionsmöglichkeiten im Inland bei stagnierender Bevölkerung auch nicht überschätzen. Die Völker der Tropen wollen zumeist gar nicht in dem Umfange wie Europa und Nordamerika konsumieren und ganz gewiss nicht entsprechend dafür arbeiten.

Sehr viel grössere Absatzmöglichkeiten als in Kolonien, die für politische Beherrschung heute allein in Frage kommen, könnten die grossen Industrieländer, deren Bevölkerung im wesentlichen stagniert, in den vielen wirtschaftlich noch zurückgebliebenen selbständigen Staaten der Welt finden. Im ganzen ist ja der «kapitalistische Raum» noch verhältnismässig beschränkt, und immer noch gilt auch, dass die wirtschaftlich entwickelten Nationen sich gegenseitig die besten Abnehmer sein könnten. Aber das setzt voraus, dass an Stelle der heutigen allgemeinen Abschliessungspolitik der Völker wieder eine grössere Freiheit des internationalen Verkehrs tritt. Deutschland hat, wegen des Mangels eigener wirtschaftlichen Interessensphären und auch wegen seiner grossen Auslandsverschuldung, die es nach dem Kriege einging, z. T. eingehen musste, ein besonders grosses Interesse an der Wiederherstellung grösserer Freiheit im Weltverkehr.

Die Schweiz ist durch das Problem der stagnierenden Bevölkerung und der bei Schrumpfung des internationalen Verkehrs immer geringer werdenden Aussicht auf weitere Wirtschaftsexpansion in ähnlicher Weise betroffen wie

Deutschland. Auch hier gilt, dass öffentliche Arbeiten, einerlei in welcher Form, doch immer nur eine vorübergehende Milderung der Arbeitslosigkeit bedeuten können. Die Gefahr einer chronisch werdenden, strukturell bedingten Arbeitslosigkeit ist auch hier wie in den anderen wirtschaftlich im wesentlichen entwickelten Ländern Europas vorhanden. In der Schweiz kann grösserer Kapitalreichtum und grosser Auslandsbesitz die notwendig werdenden wirtschaftlichen Organisationsveränderungen vielleicht noch länger hinausschieben; Deutschland ist jedenfalls dasjenige Land, das sich als erstes mit diesem Problem wird auseinandersetzen müssen. In der Schweiz aber ist zu bedenken, dass, wie wir jetzt gelernt haben, auch der internationale Kapitalienverkehr sich nicht unabhängig vom Warenverkehr entwickeln kann. Schrumpft dieser durch Verarmung mancher Länder und durch politische Einflüsse zusammen, so ist auch der internationale Kapitalienverkehr gefährdet und für eine Ausdehnung der Auslandskredite kein Raum mehr. Die Schweizer Banken haben ja auch dieser Erkenntnis schon Rechnung getragen.

Die Möglichkeiten einer Wiederherstellung des internationalen Verkehrs im früheren Umfange sind heute nur gering. Die dem entgegenstehenden Interessen sind grösser, und wenn nicht die wirtschaftlichen so doch die heute noch mächtigeren politischen und nationalen. Daher glaube ich, dass die vorgeschrittensten Industrieländer von einer wirtschaftlichen Expansion über ihre Hoheitsgrenzen hinaus nicht allzuviel erwarten dürfen, eine Wiederherstellung der internationalen Verkehrsfreiheit wie vor dem Weltkrieg steht einstweilen nicht in Aussicht. Und wenn sie käme, wer sagt heute, ob nicht die Konkurrenz neuer Industriestaaten mit ganz niedrigen Löhnen, an ihrer Spitze wohl Japan, vielleicht auch einmal Russland, den alten Industrieländern auf dem Weltmarkt einen tödlichen Schlag versetzen würde?

Die Weltmächte, England, die U. S. A. — auch Frankreich ist wegen seines riesigen Kolonialbesitzes heute dahin zu rechnen — sind freilich in günstigerer Lage als gerade Mitteleuropa. Sie könnten eine Autarkie durchführen, die Ländern wie Deutschland, Italien, der Schweiz kaum möglich sein wird, von unglücklichen Staatsgebilden wie Österreich gar nicht zu reden. Auch die Vereinigten Staaten finden doch auf dem eigenen Kontinent Nordamerika noch derartige Expansionsmöglichkeiten, dass ihre Wirtschaft noch keinen stationären Charakter anzunehmen brauchte, wenn sie nicht die Einwanderung so stark beschränkt hätten. Die Behauptung klingt paradox, ist aber doch wohl richtig, dass die Vereinigten Staaten durch die Beschränkung der Einwanderung die Krisis verschärft haben. Denn wenn die Einwanderer auch nicht, wie der natürliche Bevölkerungszuwachs, zunächst nur Konsumenten sind, so sind sie doch auch Konsumenten; sie bringen ja auch meist etwas Kapital mit. Man darf freilich, was in den Vereinigten Staaten möglich wäre, nicht ohne weiteres auf andere Länder mit viel geringeren wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten, etwa auf Deutschland, übertragen, und auch in U. S. A. tritt die Verhinderung der Einwanderung als Krisenursache natürlich weit zurück hinter jenen sinnlosen Methoden der Ankurbelungspolitik und des Prosperitytaumels, mit denen man dort die wirtschaftlichen Gesetze vergewaltigen zu

können glaubte. In Palästina hat jedenfalls der Zustrom der Einwanderer die Krisis wesentlich abgeschwächt, ob für die Dauer ist freilich eine Frage.

Im ganzen wird man sagen müssen, dass die Aussichten für eine Weiterführung der kapitalistischen Expansion, wie sie bisher in der Welt bestand, recht ungünstig sind, wobei dahin gestellt sein mag, ob man dem natürlichen Umstand der Bevölkerungsentwicklung in den alten Industrieländern oder der Politik an erster Stelle die Schuld dafür beimessen will. Wenn es überhaupt ein Argument für die viel gebrauchte Phrase vom «Ende des Kapitalismus» gibt, so ist es jedenfalls dieses: die Unmöglichkeit, bei stagnierender Bevölkerung in den vorgeschrittensten Ländern alle sich anbietenden Arbeitskräfte nach den Prinzipien der auf Expansion zugeschnittenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beschäftigen. Daher auch die Versuche, die Arbeitszeit immer weiter zu verkürzen. Auch sie bedeuten schon die Aufhebung der freien Preisbildung für eines der wichtigsten Angebotsgüter im Tauschverkehr. Genügt es zur Beschaffung des kulturgemässen Bedarfs eines Volkes, wenn alle Arbeitsuchenden nur noch höchstens 6 Stunden, oder bei nach heutiger Ansicht normaler Arbeitszeit nur $^2/_3$ aller Arbeitsfähigen beschäftigt werden, so bedeutet das allein schon eine völlige Veränderung der Grundlagen, auf denen die kapitalistische Wirtschaft aufgebaut war. Es ist nicht unberechtigt, zu sagen: dann kann das individuelle Ertragsstreben, das es jedem freistellt, sich jedem beliebigen Berufe zuzuwenden und so intensiv zu arbeiten wie er will, nicht mehr Organisationsprinzip der Wirtschaft bleiben.

Jene Freiheit ist ja auch schon weitgehend eingeschränkt. Aber man kann kaum sagen, dass die getroffenen Massregeln: Verbot des Doppelverdienens, der «Schwarzarbeit», behördliche Spezialisierung der Leistungen nach Art des Zunftwesens in seiner Verfallperiode und dergleichen, eine befriedigende Regelung darstellen. Ebenso sind übertriebene Anforderungen an die berufliche Ausbildung, namentlich die immer weitere Ausdehnung der Ausbildungszeit, fortgesetzte Einführung neuer Prüfungen und stete Erschwerung derselben, Arbeitsdienstpflicht, Prämien für vorzeitiges Ausscheiden aus dem Dienst, immer weitere schematische Verkürzung der Arbeitszeit und dergleichen nur als zumeist wenig erfreuliche Auswege zu bezeichnen, die keine Lösung des hier vorliegenden Problems darstellen.

IV. Vorteile und Gefahren einer stationären Wirtschaft

Der «totale Staat» und die stationäre Wirtschaft

Um diese Lösung bemüht sich vor allem der Sozialismus, dessen Anhänger eine so grosse Verbreitung, in vielen Ländern die politische Herrschaft erlangt haben. Seine Vorschläge und Forderungen beruhen zwar, gerade soweit sie das wirtschaftliche Gebiet, die Stellung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung betreffen — und nur insofern soll hier von ihnen die Rede sein —, keineswegs auf solchen Erkenntnissen. Sie sind ja schon viel älter als das Problem der chronischen Arbeitslosigkeit und beruhen auf falschen ökonomischen

Theorien, in der Hauptsache den Marxschen Lehren, die wieder auf die Irrtümer der klassischen Nationalökonomie zurückgehen (Arbeitswerttheorie). Aber man kann nicht leugnen, dass, wenn die Arbeitslosigkeit chronisch bleiben sollte, weil die Möglichkeiten weiterer Wirtschaftsexpansion fehlen, dadurch notwendig eine weitgehende Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung erzwungen werden wird, die man in mancher Hinsicht als sozialistisch wird bezeichnen können. Zwar ist vor allen unfehlbaren Rezepten und Patentlösungen, die zu Tausenden empfohlen werden, zu warnen. Die schliessliche Lösung kennt noch niemand, und sie wird auch erst das Ergebnis einer langen Entwicklung sein. Aber so viel kann man wohl sagen, dass diese Entwicklung in der Richtung stärkerer Überwachung und Regelung des Wirtschaftslebens durch den Staat gehen wird. Dazu sind ja auch schon seit Jahrzehnten, zumindest seit Bestehen einer Arbeiterzwangsversicherung, Ansätze vorhanden

Aber gerade was der Sozialismus verschiedener Richtungen heute schon durchführen möchte, grundlegende Umgestaltung des Verteilungsmechanismus, das wird wohl nicht so schnell zu erwarten sein. Denn wir kennen noch keine Organisation, die besser als der heutige Tauschverkehr es ermöglicht, dass im grossen und ganzen jeder sich den Anteil an Lebensgenuss verschaffen kann, der seinen Leistungen für andere entspricht. Dieser Satz aus meinen «Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre» gilt noch heute. Wohl aber kann der Staat noch intensiver, als es schon seit langem geschieht, durch wirtschaftspolitische Massregeln, insbesondere die Besteuerung, auf eine ihm wünschenswert erscheinende Einkommens- und Vermögensverteilung hinwirken, und er kann darüber hinaus weit mehr als bisher die Wirtschaft überwachen und regeln, und zwar mit dem Ziel, eine möglichste Gleichmässigkeit des Wirtschaftsprozesses, möglichste Beseitigung der Konjunkturschwankungen, möglichst gleichmässige Preise und Einkommen herbeizuführen.

Wenn auch heute der «Liberalismus» oft einseitig und übertrieben bekämpft wird, so ist doch der Kampf gegen jene liberalistische Auffassung gewiss berechtigt, die in dem Auf und Ab des Wirtschaftslebens an sich schon etwas Gutes sieht, die Ausschaltung der Konjunkturschwankungen in der Wirtschaft als für die Gesamtheit unerwünscht betrachtet. Es ist vielleicht bezeichnend, dass es ein Bankier war (Prof. A. Hahn), der diese Auffassung in der deutschen Wissenschaft am schärfsten vertreten hat. Dieser Standpunkt hatte eine gewisse Berechtigung, als die Wirtschaft bei rasch steigender Bevölkerung und steigendem Reichtum stark expansiv war. Damals nahm man die von Zeit zu Zeit eintretenden Rückschläge in der gewissen Erwartung eines neuen Aufschwungs als selbstverständlich in Kauf. Und dennoch halten schon seit Jahrzehnten aus der Wirtschaft selbst kommende Versuche an, durch Zusammenschluss die Folgen starker Konjunkturschwankungen für einzelne Wirtschaftszweige möglichst auszuschalten. So ist lange über die Preispolitik des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats um die Jahrhundertwende und später über die Politik mancher anderen Kartelle gestritten worden, die Preissteigerungen in der Hochkonjunktur einzudämmen, sie dafür aber in der Depression nur wenig zu ermässigen. Auch die stärkere Zurückdrängung des

Handels und der Spekulation, derjenigen Teile der Wirtschaft, die am ehesten an Konjunkturschwankungen interessiert sind, ist ein schon Jahrzehnte altes Problem.

Alle diese Fragen haben nun heute ein völlig anderes Gesicht bekommen, wenn die natürlichen und eventuell auch die politischen Voraussetzungen einer immer weiteren Wirtschaftsexpansion fehlen. Früher war es selbstverständlich, dass jeder Kaufmann, jeder Fabrikant seine Umsätze und Gewinne, von gelegentlichen Rückschlägen abgesehen, möglichst zu steigern versuchte. Er konnte sich mit Recht gegenüber anderen als rückständig betrachten, wenn ihm das nicht gelang. Heute ist aber darauf nicht zu rechnen und damit ist vor allem die Beschaffung von Fremdkapital, einerlei in welcher Form, auf eine völlig andere Grundlage gestellt. Wir beobachten daher auch schon seit längerer Zeit die Ausdehnung der auf Einschränkung des Handels gerichteten Bestrebungen auf die meisten Zweige des Kredits. Mit alledem verändern sich aber die Grundlagen des Wirtschaftslebens überhaupt. Zwar ist das Ertragsstreben als Grundlage noch keineswegs ausgeschaltet, und man hat es bisher auch noch nicht durch etwas anderes ersetzen können, aber die Möglichkeiten für eine weitgehende Regelung der Wirtschaft durch den Staat sind gewaltig gewachsen, wenn sie im Sinne einer Einschränkung der Konjunkturschwankungen und der Herbeiführung stabiler Preise und Einkommen zweckmässig erscheint. Das ist aber der Fall, wenn man nicht mehr damit rechnen kann, dass Perioden tiefer Depression und starker Arbeitslosigkeit durch solche grossen Aufschwungs und allgemeiner Prosperität abgelöst werden.

Wenn wir auch nicht zu einer wirklich stationären, sondern nur zu einer wesentlich weniger expansiven Wirtschaft kommen als bisher, tritt in der Tat diese Aufgabe des Staates immer stärker in den Vordergrund. Es gilt dann, was ich schon vor 30 Jahren in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Hamburg 1903 ausführte, dass es falsch ist, eine steigende Konjunktur als den Normalzustand des Wirtschaftslebens anzusehen. Er ist ein Fieber, und der normale Zustand ist vielmehr der, den die Kaufleute gern Stagnation nennen. In den industriellen, mit starken fixen Kosten arbeitenden Grossbetrieben ist der Nutzen gleichmässiger Beschäftigung, möglichst stabiler Preise und Löhne auch längst anerkannt. Aber auch der kleine Handwerker und der Landwirt wissen diesen Zustand zu schätzen. Nur im Handel, dem beweglichsten Element im Wirtschaftsleben, herrscht noch ziemlich unbeschränkt bei jedem Unternehmer das Bestreben, seinen Umsatz möglichst auszudehnen, was aber bei stabiler Bevölkerung meist nur auf Kosten seiner Konkurrenten möglich ist. So nützlich dieses System in vieler Hinsicht für die Konsumenten ist, so hat es doch als Organisationsprinzip vielfach versagt. Es räumt dem Handel und der Spekulation einen zu grossen Einfluss auf die Wirtschaft gegenüber der Produktion ein, und es ist um so weniger verwendbar, je ausgebauter und konsolidierter eine Volkswirtschaft schon ist, je mehr sie in einen Zustand getreten ist, in dem es als wertvoller empfunden wird, für eine gleichmässige, stabile, als für eine spekulative, stürmische Entwicklung zu sorgen. Diese Gedanken der Einschränkung des spekulativen Elements liegen

zu Grunde, wenn heute auch aus wirtschaftlichen, nicht nur aus politischen Gründen eine Herrschaft des Staates über die Wirtschaft gefordert wird. Diese Forderung wird sich aber in viel höherem Masse verwirklichen lassen, wenn das Wirtschaftsleben infolge ziemlich stabiler Bevölkerung von selbst einen gleichmässigeren Charakter annimmt. Wenn die Wirtschaft aufhört, expansiv zu sein, hat der Kapitalismus grade in manchen seiner besonders typischen Erscheinungen in der Tat einen grossen Teil seiner Berechtigung verloren.

Aber einerseits kennen wir das neue Verteilungsprinzip noch nicht, und bessere Verteilungsgrundsätze als beim freien Wettbewerb auf Grund des Ertragsstrebens hat noch niemand aufgestellt. Andererseits erkennen gerade die heute überall stärker hervortretenden nationalistischen Richtungen und ganz besonders auch ihr jüngster, aber in mancher Hinsicht extremster Zweig, der deutsche Nationalsozialismus, dem die Wirtschaft nicht wie dem «Materialismus» Selbstzweck ist, dass die stationäre Wirtschaft besonders vom nationalen Standpunkt aus keineswegs als Ideal erscheint. Solange der Nationalsozialismus hofft, die Gedanken, die im ersten Teil seines Namens ausgesprochen sind, zu verwirklichen, solange er erwartet, dass seine auf Bevölkerungsvermehrung gerichteten Pläne Erfolg haben werden, solange wird er die sozialistischen Pläne — wohlgemerkt soweit sie auf Umgestaltung der Wirtschaftsordnung gerichtet sind — aus nationalen Gründen zurücktreten lassen. Verschiedene Vertreter der Reichsregierung haben das ja auch oftmals ausgesprochen.

Andererseits hat aber der Nationalsozialismus richtig erkannt, dass die Verwirklichung wirtschaftlicher Umgestaltungen mit einer geistigen Umwandlung beginnen muss. Hier liegt der schärfste Gegensatz zwischen dem Materialismus — das Wort jetzt nicht nur im Sinne der Wirtschaftstheorie, der Güterlehre, sondern im philosophischen Sinne als «materialistische Geschichtsauffassung» verstanden, wie sie den philosophischen Kern der Marxschen Lehren bildet — und der Gedankenwelt des Nationalsozialismus. Die Umbildung unserer Wirtschaftsordnung muss aus dem Geiste kommen. Das ist gewiss keine neue Erkenntnis. Ich darf darauf hinweisen, dass ich schon 1921 in meiner «Geschichte und Kritik des Sozialismus» u. a. geschrieben habe: Nur ein neuer sozialer Geist kann sich einen neuen sozialen Körper bauen. Ob dieses Ziel erreicht werden wird, ob es erreicht werden kann, wenn in anderen Ländern diese Geistesrichtung nicht Platz greifen sollte, bleibt eine offene Frage, ebenso wie weit auf diesem Wege die kapitalistische Wirtschaftsordnung wirklich überwunden werden kann. Ich musste mich hier darauf beschränken, zu zeigen, dass der heute vorherrschenden Meinung, die heutige Wirtschaftskrise sei eine solche wie alle anderen und das Wirtschaftsleben werde in Zukunft gerade so verlaufen wie bisher, doch grosse Bedenken entgegenstehen.

Trotzdem wir die künftige Organisation der Volkswirtschaft nicht kennen, dürfen wir doch nicht die Augen davor verschliessen, dass wir, besonders auf dem Gebiete des Kreditwesens, vor tiefgreifenden Veränderungen stehen. Im ganzen scheint es mir, nähern wir uns einer Epoche, in der, wie ich schon in meinen «Grundsätzen» ausgeführt habe, die Wirtschaft nicht mehr so im Mittelpunkt allen menschlichen Denkens und Tuns stehen wird wie im Zeit-

alter des Kapitalismus. Ähnlich wie im Mittelalter die Religion die Wirtschaft an Bedeutung für das menschliche Leben weit überragte, weil unter den damaligen Bedingungen die Existenz eines jeden im allgemeinen gesichert war, so dürfte auch jetzt eine Epoche bevorstehen, in der die technischen Möglichkeiten den Menschen die Zeit gewähren, auch an etwas anderes als an die Nahrung zu denken. Vielleicht werden dieses andere vor allem die Kämpfe der Nationen untereinander sein: Rassenkämpfe an Stelle der Klassenkämpfe, wie Oswald Spengler meint. Wir wollen aber doch die Hoffnung auf weitere Evolution nicht aufgeben, glauben, dass nach der Befreiung der Menschen von der materiellen Not durch den technischen Fortschritt die Menschheit auch für höhere geistige Güter Zeit finden wird.

Wie dem auch sein mag, die Verteilung der materiellen Güter bleibt ein Organisationsproblem. Wenn wir auch seine Lösung heute noch nicht kennen, so dürfen wir doch vielleicht folgendes sagen: 1. Das Geld als Verteilungsmittel kann, einstweilen wenigstens, nicht ausgeschaltet werden. 2. Das Geldertragsstreben als Organisationsprinzip der Verteilung, d. h. die individualistische Wirtschaftsordnung, kann, einstweilen wenigstens, durch nichts anderes ersetzt werden. 3. Allen Vorschlägen einer sofortigen Lösung des Problems ist mit grösstem Misstrauen und höchster Vorsicht zu begegnen. Sie dürfen die Wirtschaftspolitik nicht bestimmen. Diese muss von dem Gedanken beherrscht sein, dass nur eine allmähliche Entwicklung, die von einer geistigen Umstellung ausgehen oder doch von ihr begleitet sein muss, die Lösung dieses grössten Problems bringen kann, das den Menschen bewusst jemals gestellt war. Aber gerade aus der Erkenntnis, dass ihr diese Aufgabe gestellt ist, sollte die Menschheit gegenüber allen Untergangsbestimmungen den Glauben schöpfen, dass es mit ihr doch noch aufwärts gehen wird.